



Protokollauszug zum GEMEINDERAT

am Donnerstag, 12.12.2019, 17:05 Uhr, Kulturzentrum, großer Saal

ÖFFENTLICH

TOP 1

Änderung der Parkgebührensatzung

Vorl.Nr. 443/19

Beschluss:

1. **Änderung der Parkgebührensatzung**

Die Parkgebührensatzung der Stadt Ludwigsburg (in der Fassung 29.03.2017) wird entsprechend den Beratungen in den Sitzungen des Ausschusses für Mobilität, Technik und Umwelt (MTU) vom 11.12.2019 und des Gemeinderats am 12.12.2019 unter Maßgabe der Einarbeitung folgender Beträge geändert.

Zone 1 / Straße	
1. Stunde	2,40 €
Tagessatz	4,80 € (max. 2h)
Zeiten	Mo-Fr 8-19 Uhr Sa 8-19 Uhr Sonntag frei
Zone 1 / Plätze	
1. Stunde	2,40 €
Tagessatz	6,00 €
Zone 2 / Straße	
1. Stunde	1,20 €
Tagessatz	2,40 € (max. 2h)
Zeiten	Mo-Fr 8-19 Uhr Sa 8-19 Uhr Sonntag frei
Zone 2 / Plätze	
1. Stunde	1,20 €
Tagessatz	6,00 €
Zone 3	
Monatsticket	40 €
1. Stunde	1,00 €
Tagessatz	5,00 €
Zeiten	Mo-Fr 8-19 Uhr Sa 8-19 Uhr Sonntag frei

2. **Verlängerung der Bewirtschaftungszeiten**

Die Bewirtschaftungszeiten in der Innenstadt werden auf 19:00 Uhr festgesetzt (Montag bis Samstag).

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 23 Ja-Stimmen, 6 Nein-Stimmen und 10 Enthaltungen mehrheitlich gefasst.

Nicht anwesend: - Stadträtin Burkhardt
 - Stadträtin Schmidt

Beratungsverlauf:

OBM **Dr. Knecht** eröffnet die Sitzung und begrüßt die Anwesenden. Er verweist auf die Tagesordnung und erkundigt sich, ob Änderungswünsche vorliegen.

Stadtrat **Prof. Vierling** beantragt, den ursprünglich als Tagesordnungspunkt acht vorgesehenen Beratungspunkt „Änderung der Parkgebührensatzung“ vorzuziehen und zu Beginn der Sitzung zu beraten. Die Frage der Höhe der Parkgebühren beeinflusse auch die Einnahmenseite des Haushalts und solle daher vorgezogen werden.

Stadtrat **Herrmann** entgegnet, auch der Tagesordnungspunkte Wirtschaftsplan des Eigenbetriebs Tourismus & Events Ludwigsburg, aber auch weitere Tagesordnungspunkte hätten ebenfalls Auswirkungen auf den Haushaltsplan. Er sehe daher keinen Grund, weshalb speziell die Parkgebührensatzung vorgezogen werden solle.

Stadtrat **Prof. Vierling** erinnert, dass bei den Haushaltsberatungen das Thema Parkgebühren ausdrücklich von seiner Fraktion vorgebracht wurde. Schon damals habe seine Fraktion darauf hingewiesen, dass die Parkgebühren ein ganz wesentlicher Bestandteil seien. Sollte jemand den Wunsch haben z.B. den Wirtschaftsplan von Tourismus & Events Ludwigsburg ebenfalls vorzuziehen, weil er ein spezielles Anliegen habe, dann könne dieser Antrag ebenfalls gestellt werden.

Stadträtin **Liepins** teilt mit, sie könne dem Antrag von Stadtrat Prof. Vierling zustimmen. Evtl. erleichtere dies die Beratung.

Wenn die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen das Thema Parkgebühren abhängig von ihrer Zustimmung zum Haushalt mache, sei es sinnvoll diesen Tagesordnungspunkt vorzuziehen, teilt Stadtrat **Weiss** mit. Die Stadträte **Heer** und **Haag** schließen sich den Ausführungen von Stadtrat Weiss an.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, stellt OBM **Dr. Knecht** den Antrag von Stadtrat Prof. Vierling, Tagesordnungspunkt acht vorzuziehen, zur Abstimmung.

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Antrag wird mit 36 Ja-Stimmen, 3 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen mehrheitlich angenommen.

Nicht anwesend: - Stadträtin Burkhardt
 - Stadträtin Schmidt

Die Sitzung beginnt daher mit diesem Tagesordnungspunkt.

OBM **Dr. Knecht** verweist auf die Vorlage 443/19. BM **Ilk** erläutert den Beratungsverlauf im Ausschuss für Mobilität, Technik und Umwelt (MTU) am 11.12.2019. Er teilt mit, über die Bewirtschaftung an Sonn- und Feiertagen sei im MTU nicht abgestimmt worden. Der MTU habe sich geeinigt, dass der Gemeinderat in heutiger Sitzung eine Entscheidung darüber fassen solle. Die Haltung der Verwaltung sei klar, man wolle auch sonntags eine Parkraumbewirtschaftung haben.

Vor dem Einstieg in die Diskussion teilt Stadträtin **Liepins** mit, die SPD-Fraktion werde den Antrag stellen, 40 € für das Pedlerticket zu erheben.

Stadträtin **Dr. Knoß** führt aus, ihre Fraktion sei in der gestrigen Sitzung des Ausschusses für Mobilität, Technik und Umwelt (MTU) gegen einen Parkticketpreis von 35 €/Monat gewesen. Es gehe um die Lenkungswirkung; die Pendler sollen auf den ÖPNV umsteigen. Bei einem Pendlerticketpreis von 50 € wäre man „mit Bauchschmerzen mitgegangen, bis max. 45 € würde man zustimmen können, 40 € werde man nicht mitgehen“. Hinsichtlich der Bewirtschaftungsdauer habe die Verwaltung eine Bewirtschaftungsdauer bis 20 Uhr vorgeschlagen. Ihre Fraktion sei für eine Bewirtschaftung bis 22 Uhr. Man sei den Bewohnern der Stadt verpflichtet, deswegen solle auch sonntags eine Parkraumbewirtschaftung eingeführt werden. Einige Mitglieder ihrer Fraktion würden die Zustimmung zum Haushalt davon abhängig machen, ob man einen entsprechenden Kompromiss bei der Parkgebührensatzung finde.

Man sehe einen guten Mix aus ÖPNV und Individualverkehr als außerordentlich wichtig an, teilt Stadtrat **Klotz** mit. Man dürfe das Auto nicht aus der Innenstadt verdammen, dies führe zur Schwächung des Einzelhandels und der Gastronomie. Gerade diese seien wichtige Faktoren für eine attraktive Innenstadt. Es gäbe auch Personengruppen, die auf das Auto angewiesen seien. Außerdem dürfe das Auto nicht zum Privileg der Besserverdienenden gemacht werden. Eine moderate, sozialverträgliche Anpassung der Parkgebühren sei notwendig. Man wolle einen fairen Kompromiss. Bei den Stundenpreisen wollte seine Fraktion ursprünglich deutlich niedrigere Preise. Den Preis des Monatstickets wollte seine Fraktion auf 30 € festlegen. Man könne mit 35 € mitgehen. Er appelliert diese 35 €, auch im Hinblick auf die Arbeitnehmer die auf einen Stellplatz angewiesen sind, mitzutragen. Man könne dem 35 € -Vorschlag „schweren Herzens folgen“. Mit einem Gebührenverzicht am Sonntag könne man leben.

Das Ansinnen, einen Haushalt wegen der Höhe von Parkgebühren abzulehnen, könne er nicht verstehen, teilt Stadtrat **Rothacker** an die Fraktion von Bündnis 90/die Grünen gerichtet, mit. Auch sehe man die Parkgebühren nicht als Lenkungsfunktion, da die Parkgebühren auch Arbeitnehmer treffen, die teils darauf angewiesen seien, mit dem Auto zur Arbeit zu kommen, weil sie keine Möglichkeit hätten den ÖPNV zu nutzen. Man sei kompromissbereit und könne einem Monatsticket sowohl mit 35 € wie auch mit 40 € zustimmen. Ein Parkticketpreis von 50 € könne seine Fraktion nicht mehr befürworten.

Stadträtin **Liepins** führt aus, die SPD-Fraktion stimme einer Erhöhung der Parkgebühren grundsätzlich zu. Wenn die „Schmerzgrenze bei den Grünen bei 45 € und bei der CDU 35 € seien“, sei eine Monatsgebühr von 40 € ein guter Kompromiss. 80 €, wie von der Stadtverwaltung vorgeschlagen, könne von ihrer Fraktion nicht vertreten werden. Der Sprung von 25 € auf 80 € sei

zu groß. Aus ihrer Sicht müsse die Weststadt bei der Parkraumbewirtschaftung künftig gleich behandelt werden wie die Oststadt, daher müsse eine Lösung gefunden werden, die auch in der West- und Südstadt vertretbar sei. Wenn man die Parkgebühren auf Sonntage ausdehne, müsse sonntags auch kontrolliert werden, was ohne zusätzliches Personal nicht möglich sei. Daher wolle man den Sonntag außen vor lassen, ggf. könne in ca. zwei Jahren nachjustiert werden.

Stadträtin **Knecht** teilt mit, lt. Händlerumfrage kommen 66 % der Kunden mit dem Auto in die Innenstadt. Die Innenstadt stehe in Konkurrenz zum Breuningerland. Man wolle eine besucherfreundliche Stadt sein. Mit 40 €, wie von ihrer Fraktion ursprünglich beantragt, sei aus ihrer Sicht ein guter Kompromiss gefunden. Daher solle über diesen Antrag abgestimmt werden. Es handle sich um eine moderate Erhöhung. Den Sonntag wolle man weiterhin gebührenfrei halten.

Stadtrat **Müller** führt aus, bei der Diskussion um die Parkgebühren sei häufig erwähnt worden, dass sich das Krankenhaus auch in die Diskussion eingeschaltet habe. Dies ziehe er in Zweifel. Das Krankenhaus habe eine eigene Gruppe für das Mobilitätsmanagement gebildet. Der Betriebsrat des Klinikums sei daher etwas verwundert, dass die anderen Behörden, die Punkte aufgenommen haben, die die Mitarbeiter des Krankenhauses betreffen könnten. Daher müsse aufgepasst werden, für wen argumentiert werde. Die große Diskrepanz zwischen gut und weniger gut verdienenden Menschen, könne aus Sicht von Stadtrat Müller nicht über Parkgebühren gelöst werden. Einer Bewirtschaftung an Sonntagen könne er zustimmen. Weiterhin plädiere er für ein Monatsticket in Höhe von 35 € welches ggf. im Preis in ein paar Jahren angehoben werden könnte.

Auf Rückfrage von Stadtrat **Link** teilt BM **Ilk** mit, ursprünglich sei der Vorschlag der Verwaltung gewesen, an allen Tagen von 8 bis 19 Uhr zu bewirtschaften. OBM **Dr. Knecht** ergänzt, für den Sonntag gebe es aus dem MTU noch keine Beschlussempfehlung. Auf Rückfrage von Stadträtin **Dr. Knoß** erläutert er, zunächst werde er bei der Abstimmung über die Beschlussempfehlung des MTU abstimmen lassen.

Stadträtin **Dr. Knoß** führt aus, bei der Aussprache sei deutlich geworden, dass es für ein Pendlerticketpreis von 50 € keine Mehrheit geben werde. Daher werde ihre Fraktion notgedrungen dem SPD-Antrag von 40 € folgen. Dies sei immer noch besser als ein Preis von 35 €. Nach der Aussprache fasst BM **Ilk** die Beratung zusammen. Anschließend lässt OBM **Dr. Knecht** zunächst über den Verwaltungsvorschlag „Parkraumbewirtschaftung in allen drei Zonen Sonntags von 8 bis 19 Uhr“ abstimmen.

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Verwaltungsvorschlag wird mit 13 Ja-Stimmen, 24 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen mehrheitlich abgelehnt.

Nicht anwesend: - Stadträtin Burkhardt
 - Stadträtin Schmidt

OBM **Dr. Knecht** stellt fest, damit bleibe auch künftig der Sonntag gebührenbefreit.

Im Anschluss stellt OBM **Dr. Knecht** den Antrag der SPD-Fraktion, das Monatsticket in der Parkgebührenzone 3 auf 40 € zu erhöhen, zur Abstimmung.

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Antrag wird mit 28 Ja-Stimmen, 8 Nein-Stimmen und 3 Enthaltungen mehrheitlich angenommen.

Nicht anwesend: - Stadträtin Burkhardt
 - Stadträtin Schmidt

Stadtrat **Haag** weist auf eine Unstimmigkeit in der Vorlage bei der Gebührenhöhe hin. BM IIk bedankt sich für den Hinweis, es sei ein linearer Anstieg der Gebühren entsprechend der Parkdauer vorgesehen.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, lässt OBM **Dr. Knecht** über die so geänderte Parkgebührensatzung und unter Einarbeitung der weiteren Beschlusslage des Ausschusses für Mobilität, Technik und Umwelt, Beschluss fassen.

TOP 2	Haushaltsplan 2020 und Finanzplanung mit Investitionsprogramm 2019 - 2023 - Änderungsverzeichnis - Stellenplan 2020	Vorl.Nr. 397/19
--------------	--	------------------------

Beratungsverlauf:

Zum Beratungserlauf vgl. TOP 2.1

TOP 2.1	- Änderungsverzeichnis	Vorl.Nr. 504/19
---------	------------------------	-----------------

Beschluss:

1. Die Haushaltssatzung 2020 sowie der Haushaltsplan 2020 und die mittelfristige Finanzplanung 2019 - 2023 werden auf Grundlage des Haushaltsplanentwurfs (Vorlage 397/19) und den beigefügten Änderungsverzeichnissen beschlossen.
2. Die Verwaltung wird ermächtigt, die noch erforderlichen haushaltsneutralen Veränderungen der Teilhaushalte (z.B. interne Leistungsverrechnungen, Steuerungsumlage, Änderungen Kontenplan) vorzunehmen und in den endgültigen Haushaltsplandruck einzuarbeiten.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 22 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen und 14 Enthaltungen mehrheitlich gefasst.

Nicht anwesend: - Stadträtin Burkhardt
 - Stadträtin Schmidt
 - Stadtrat Prof. von Stackelberg

Beratungsverlauf:

Stadtrat **Prof. Vierling** bittet um eine kurze Sitzungsunterbrechung. Seine Fraktion möchte sich kurz beraten.

OBM **Dr. Knecht** folgt dem Ansinnen. Es erfolgt eine Sitzungsunterbrechung von 17:55 bis 18:00 Uhr.

Im Anschluss führen OBM **Dr. Knecht** und Stadtkämmerer **Kistler** in das Thema ein und erläutern die bisherigen Haushaltsplanberatungen. Nach großen internen Anstrengungen und einer 1,5 tägigen Haushaltsklausur des Gemeinderats sei der Haushalt in der Sitzung am 06.11.2019 eingebracht worden. Seither seien von der Verwaltung über 120 Anfragen beantwortet worden, hätten etliche Besuche in den Fraktionen stattgefunden und der Haushalt wurde in allen neun Stadtteilausschüssen präsentiert. Die Generaldebatte, verbunden mit 54 Anträgen der Fraktionen wurde am 20.11.2020 geführt.

Herr Kistler fasst anschließend in Kurzform die Ergebnisse der Haushaltsberatungen vom 03. und 04.12.2020 zusammen. Heute stehe die Beschlussfassung an und man hoffe, dass die Genehmigung des Haushalts bis Ende Januar 2020 vorliege.

Im Anschluss bedankt sich Stadtrat **Sorg** bei Herrn Kistler und Team für Ihren Einsatz für den Haushalt 2020 und führt aus: „Was macht einen soliden Haushalt aus? Sicher, dass man nicht zu hohe Schulden macht. Also den nachkommenden Generationen keine zu hohe finanzielle Bürde auferlegt. Es ist sehr wichtig und ein Gebot der Gerechtigkeit unsere Kinder nicht zu sehr zu belasten. Das muss aber genauso dafür gelten, welches Stadtbild und welche Klimavoraussetzungen wir hinterlassen. Es ist niemandem geholfen schuldenfrei zu sein, aber in einer Stadt leben zu müssen, die mit Autos vollgestopft ist. Schuldenfreiheit hilft keiner Stadt, wenn sie regelmäßig einen Verkehrsinfarkt erleidet und diese mit extremen Wetterbedingungen aufgrund der Klimakrise zu kämpfen hat.“

Herr Oberbürgermeister, Sie fordern uns auf: „Wir müssen uns bewegen, neu denken und manches anders machen“

Wir sind bereit neue Wege zugehen. Unsere ausgestreckte Hand, bleibt auch weiterhin ausgestreckt. Sie ist jedoch zurückgezuckt, als wir feststellen mussten, dass viele der Anforderungen für ein klima- und menschenfreundliches Ludwigsburg nicht im Haushalt vorgesehen sind.

Greta Thunberg und Fridays for Future fordern von uns, auf die Wissenschaft, die unverzügliches Handeln anmahnt, zu hören.

Die Gretchenfrage dieses Haushalts ist die Parkraumbewirtschaftung. Eine Maßnahme, die nicht Geld kostet, sondern einbringt. Eine Maßnahme, die nicht verbietet, sondern lenkt und krankmachende Stickoxide, Lärm, Feinstaub und Treibhausgase reduziert.

Die vorgebrachten Bedenken vor allem der Ämter und der Polizei zur Parkzone Ost und dem Pendlerticket nehmen wir sehr ernst. Diese legen den Finger in die Wunde und zeigen uns auf, dass wir uns mehr anstrengen müssen, was Rad- und Lastenradstationen, Carsharing-Angebote für die Ämter und Ausbau des ÖPNV angeht. Ungerechtigkeit, die andernorts verursacht wird, wie geringerer Lohn für Frauen, wird nicht durch geringe Parkgebühren wiederhergestellt. Es hilft nicht weiter, mit dem Deckmäntelchen der Sozialverträglichkeit eine überholte Verkehrspolitik retten zu wollen.

Bereits jetzt bekommen wir zigtausende mehr Fahrkilometer im Busverkehr. Ludwigsburg droht ein Dieselfahrverbot und bald schon täglicher Verkehrskollaps. Verkehrswissenschaftlerinnen und Klimaexperten fordern sofortige Maßnahmen. In dieser Woche tagt die Weltklimakonferenz in Madrid. Und es wird wieder deutlich, dass alle Ebenen von international bis kommunal ihren Beitrag zum Klimaschutz leisten müssen. Lassen Sie sich, Herr Knecht, nicht das Heft aus der Hand nehmen! Läuten Sie die Verkehrswende in Ihrem ersten Amtsjahr ein! Und gehen Sie

Parkraumbewirtschaftung, ÖPNV-Ausbau und die Stadtbahn beherzt an. Bitte halten Sie sich an den Beschluss zur Niederflurbahn und dem gemeinsamen Übereinkommen der Bürgermeister im Kreis, vor allem in Zeiten wo Bund und Land Gelder zur Verbesserung des ÖPNVs bereitstellen wollen.

Was bringt der Haushalt 2020? Wir haben Geld für Flächenentsiegelung und etwas Geld kommt durch die Anhebung der Vergnügungssteuer in die Kasse. Den Kreditbedarf konnten wir von 30 auf 17 Millionen Euro senken. Ein zaghafter Schritt in Richtung nachhaltiger Mobilität sind die ticketfreien Adventssamstage und verkaufsoffenen Sonntage.

Es ist Ihnen Herr Knecht hochanzurechnen, auf alle Parteien zuzugehen und Konsens zu erreichen.

Ihrem Haushalt, Herr Knecht hätten wir zustimmen können, aber einem vor allem durch CDU, Freie Wähler und FDP verwässerten Haushalt können wir nicht zustimmen. Daher werden wir uns mehrheitlich enthalten.

Nicht einmal die eine Million Mehreinnahmen, wie zunächst vorgesehen, wird nun durch Parken erwirtschaftet.

Dies jedoch nur beispielhaft. Wir müssen das Gesamtpaket betrachten. Auf der Soll-Seite stehen noch weitere Posten, die uns das Zustimmung erschweren: Taka Tuka Land wird weiterhin von der Stadt gehalten. Der WBL steht weniger Geld für sozialen Wohnungsbau zur Verfügung. Und ein notwendiger Klimahaushalt ist das hier noch lange nicht! Um Klimaneutralität 2050 zu erreichen, muss Ludwigsburg mehr tun als das City-Ticket mitzufinanzieren. Ein Sprichwort sagt: Wenn der Wind des Wandels weht, bauen die einen Mauern, die anderen Windmühlen. Liebe Kolleginnen und Kollegen im Gemeinderat. Wir haben hier immer wieder die Möglichkeit zu entscheiden ob wir mauern oder uns bewegen.

Dazu drei Stichworte: Erstens Radwege: Es ist doch ein Offenbarungseid, wenn Investitionen in Radwege abgelehnt werden, weil sie nicht verbaut würden. Dann müssen wir dafür sorgen, dass wir hier mehr Gummi auf die Straße kriegen, Gummi von Fahrrädern versteht sich.

Zweitens Solardächer: Die Landes-CDU fordert uns Kommunen auf eine Solarpflicht für alle Neubauten einzuführen. Hier bewegen wir uns gerne auf die CDU zu. Lassen sie uns gemeinsam die Dächer Ludwigsburgs zu Solarkraftwerken werden lassen.

Drittens Parkplätze: Auch hier müssen wir auf die Wissenschaft hören. Die legt dar, dass mehr Parkplätze zu mehr Verkehr führt und eine Reduktion hingegen sogar mehr Umsatz in den Geschäften bringt. Wir sollten also nicht nur die Parkgebühren maßvoll erhöhen, sondern absolut keine weiteren Flächen für ruhenden Verkehr versiegeln.

Diese und andere Vorhaben müssen wir mit dem gleichen Enthusiasmus wie die Schubart-Toiletten angehen! Wir dürfen hier nicht mit Bedenkenträgerei mauern und mit vorgeschoben Argumenten Klimaschutz, Verkehrswende oder Wohnungsbau ausbremsen. Stellen Sie, wenn Sie zögern, dann einen konstruktiven Änderungsantrag, damit das gemeinsame Ziel erreicht wird. Wir möchten den Kindern Ludwigsburgs einen Ort hinterlassen, wo sie mit dem Lastenrad, aufgetankt durch Sonnenstrom vom eigenen Dach, zur Kita gebracht werden wo der junge Nachbar der alten Dame den Sprudelkasten nach oben trägt, was ja nicht nötig ist, wenn sie unser gutes Leitungswasser trinkt, wo Menschen Autos und Räume gemeinsam nutzen und nicht Raum dem Auto verschleudert wird, wo Familien wohnen können und sie sich keine Gedanken machen müssen, wann der Bus oder die Stadtbahn fährt, weil der Takt stimmt, eine Stadt, wo Kinder sicher zur Schule radeln können und einen sicheren Kita-Platz haben, wo Kinder aufatmen können und wieder auf den Straßen spielen können.

Das schaffen wir nur, wenn wir uns jetzt beim Klimaschutz bewegen, Stadtentwicklung neu denken und Verkehrspolitik anders machen. Danke.“

Für die CDU-Fraktion stellt Stadtrat **Herrmann** fest, man befinde sich am Ende von sehr intensiven, aber auch schwierigen Haushaltsberatungen. Als die Verwaltung am 06.11.2019 den Haushalt vorgelegt habe, sei klar gewesen, dass seine Fraktion den Haushalt in der damals vorgestellten

Form nur ablehnen könne. Die Investitionen seien nicht zu stemmen, die Verschuldung von 30 Mio. Euro sei unverantwortbar und die Steigerung der Stellenanzahl sei massiv. Lobend erwähnt er, dass eine große Transparenz bei den Haushaltsplanberatungen geherrscht habe, auch sei man umfassender informiert worden als in den Vorjahren.

Im Haushalt seien sehr viele Maßnahmen für den Klimaschutz enthalten. Insbesondere für Bürgerinnen und Bürger, die den ÖPNV nutzen bedeute dies eine Entlastung. Man habe aber auch schon in früheren Jahren einiges für die Luftreinhaltung und den Klimaschutz getan. Der Erfolg sei nicht nur sichtbar, sondern auch messbar.

Die Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen hätten erklärt, sie reichen die Hand zur Gemeinsamkeit, so Stadtrat Herrmann weiter. Die Grünen würden jedoch unter Gemeinsamkeit nur verstehen, wenn die anderen ihre Positionen übernehmen. Die Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen hätten angekündigt, den Haushalt abzulehnen, weil die Autofahrer nicht genügend belastet werden. Für ihn handle sich bei einer Erhöhung der Parkgebühren um rund 60% um keine maßvolle -, sondern um eine deutliche Erhöhung. Wichtig für ihn sei, dass der Haushalt generationengerecht sei. Andere Städte in der Umgebung hätten keine verstopften Städte, weil diese Umgehungsstraßen hätten. Die Grünen hätten in der Vergangenheit jede Umgehung verhindert, dadurch habe man nun Probleme, die andere Städte nicht haben.

Die Beratungen zum Haushalt hätten nun dazu geführt, dass die Investitionen von rd. 49 Mio. Euro auf rund 38 Mio. Euro verringert wurden. Es werde nichts gestrichen, sondern lediglich gestreckt. Die Investitionen seien immer noch größer als der Durchschnitt der letzten 10 Jahre. Man sehe daher, in der Stadt gehe es weiter voran; von Stillstand könne keine Rede sein. Bei den Schulden sei man von 30 Mio. Euro auf 17 Mio. Euro heruntergegangen. Dies sei immer noch außerordentlich viel. Anzeichen für eine Reduzierung des Wirtschaftswachstums seien vorhanden. Die fetten Jahre seien vorbei – die mageren kommen, führt Stadtrat Herrmann weiter aus. Dann würden Finanzmittel benötigt um die Konjunktur anzukurbeln. Dann sei eine maßvolle Kreditaufnahme gerechtfertigt, aber nicht im Jahr 2020.

Die CDU-Fraktion anerkenne, dass die Stadtverwaltung den jährlichen, rasanten Anstieg der Personalkosten spürbar reduziert habe. Über 120 Stellen seien beantragt gewesen, 74 Stellen seien nun enthalten. Der jährliche Anstieg sei damit verringert, aber noch nicht gestoppt. Die CDU-Fraktion wolle OBM Dr. Knecht einen Vertrauensvorschuss geben, neue Wege zu gehen. Neue Wege gehen, heiße aber nicht, sich in guten Zeiten massiv zu verschulden und künftigen Generationen Handlungsspielräume zu nehmen. Neue Wege heiße für ihn, mit dem vorhandenen Geld auszukommen, eine Aufgabenkritik vorzunehmen, den Ergebnishaushalt zu verbessern und Standards zu hinterfragen. Aus diesem Grund werde man den Haushalt heute nicht ablehnen.

Stadtrat **Weiss** führt aus: „Nach wochenlangen Verhandlungen und Vorgesprächen angefangen von der Gemeinderatsklausur, bis hin zu den Diskussionen über die Anträge in den Haushaltsdebatten konnte unter dem Motto „neu denken und bewegen“, hin zu pragmatischen Lösungen für die Menschen in der Stadt, ein vernünftiger, sozial verträglicher und finanziell guter Haushalt aufgestellt werden.

Aus Sicht der Freien Wähler ergibt es sich für uns eine gute Bilanz 2020, auch wenn die Grünen ihre Visionen zum Klimaschutz im Haushalt vermissen. Gut deshalb, weil wir erreicht haben

- dass es keine Steuererhöhungen gibt,
- dass die Kredite kurzfristig die 30 Mio.-Grenze nicht überschreiten und sogar für 2020 auf eine Kreditermächtigung von 17 Mio. reduziert werden konnten,
- dass die Personalkosten auch Dank der Verwaltung deutlich gesenkt werden konnten,
- dass unsere Anträge der letzten Jahre bezüglich Standardreduzierungen, Entzerrung der Investitionen und verbessertes Controlling nun im Haushalt 2020 greifen,
- dass die 4 wichtigen Indikatoren des Haushaltes trotz deutlicher Erhöhung der Nettoabschreibungen und hoher Kreditaufnahmen eingehalten wurden,
- es ist gut, dass die Forderung nach einer Erhöhung über 50 € auf 80 € für die Parkgebühren durch die Grünen verhindert werden konnten und heute sogar auf ein sozial verträgliches Maß

- mit 40 € pro Monat incl. sonntagsfreies Parken beschlossen werden,
- dass die Notwendigkeit für 3 Sporthallen deutlich wurde und hoffentlich eine zeitnahe Realisierung erfolgt.

Positiv für uns ist auch, dass die Transferleistungen für Sport, Kultur und Soziales nicht gekürzt, sondern teilweise sogar erhöht werden.

Dennoch muss uns allen bewusst sein, dass die Konsolidierungsphase erst beginnt. Grundlage dafür könnte die Strategiekommission im 1. Halbjahr sein, bei der es darum geht, wie sich neben konstanten Steuer- und Gebühreneinnahmen die Personalkosten entwickeln mit der Frage nach den zukünftigen Aufgaben, Schaffung eines Stellenpools, Abbau der Bürokratisierung und Verschlinkung der Verwaltung durch intelligente Fluktuation und Prozessoptimierung durch Digitalisierung.

Bei den Investitionen stellt sich neben der Frage nach den jeweiligen Folgekosten auch die Frage über eine neue Prioritätenliste, wobei aufgrund der geschobenen und den noch nicht umgesetzten Maßnahmen laut gelb-roter Liste jedem klar wird, dass die Investitionen in Bildung und Betreuung oberste Priorität haben müssen.

Abschließend bleibt festzustellen, dass die Freien Wähler insgesamt mit der Planung des Haushaltes 2020 und auch mit den Bemühungen der Stadtverwaltung zufrieden sind, zumal die Handschrift unserer Haushaltsreden der letzten 2 Jahre deutlich erkennbar und spürbar sind. Dank an die Verwaltung mit dem Oberbürgermeister und den 4 Dezernaten an der Spitze.“

Bei ihren Ausführungen führt Stadträtin **Liepins** aus, es gehe um Kreditermächtigungen und nicht um die Aufnahme von Krediten. Alle Jahre wieder sei ihre Fraktion genervt von der Forderung der CDU, die Kreditermächtigungen zu senken. Alle seien sich bewusst, dass die anvisierten Bauausgaben vermutlich nicht alle abfließen werden. Sie ärgere sich über das jährliche Prozedere der beantragten pauschalen Kürzung und halte dies für Haushaltskosmetik. Es bleibe das Gefühl, dass die Verwaltung bereits im Vorfeld mehr in den Haushalt einstellen müsse, um mit den pauschalen Kürzungswünschen der CDU-Fraktion umzugehen. Konkrete Einsparungspotentiale seien von der CDU-Fraktion nicht genannt worden. Spannend werde daher das Frühjahr, wenn bei der Gemeinderatsklausur konkrete Einsparmaßnahmen genannt werden müssen und evtl. auch große Vorhaben gegebenenfalls als erledigt angesehen werden müssen. Sie hoffe, dass man sich im Frühjahr, wenn es um Details gehe, einigen werde. Wie von Stadtrat Weiss ausgeführt, befinde man sich auf einem guten Weg.

Das Thema Personaleinsparungen müsse im Frühjahr ernsthaft diskutiert werden. Meist seien die Beschlüsse des Gremiums ausschlaggebend für einen Personalzuwachs. Daher „müsse man sich auch an die eigene Nase fassen. Der Dank gelte der Verwaltung für die guten Haushaltsberatungen.

Für die FDP-Fraktion teilt Stadtrat **Heer** mit: „Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, meine sehr geehrten Damen und Herren, die Ergebnisse der Haushaltsberatungen passen ganz gut zu dem allseits bekannten Sprichwort mit lateinischen Ursprungs des um 450 in Rom lebenden Mönchs und Schriftsteller Arnobius dem Jüngeren. Es lautet: „Aufgeschoben ist nicht aufgehoben“.

Dieses Sprichwort kennzeichnet den HH-Plan Entwurf für das Jahr 2020 ff. Bezogen und übertragen auf unseren Ludwigsburger Haushalt werden u.a. zahlreiche geplante Investitionsvorhaben mit entsprechenden Bauraten „verschoben“. Beim Investitionsplan und dem Stellenplan musste die Verwaltung - auch aufgrund der Anträge aus dem Gemeinderat - auch einschneidende Änderungen vornehmen: Ganz nach dem Motto: „Ausgaben und Projekte schieben, reduzieren, kürzen, streichen“.

Die wichtigsten Eckpunkte dazu:

- Die Investitionssumme bei Baumaßnahmen wurde deutlich reduziert
- und der geplante Ausbau von Personalstellen gekürzt.

Es geht doch, meine Damen und Herren. Die FDP hat mit ihren Anträgen verdeutlicht, dass man Verbesserungen im Haushalt erreichen kann, die nicht zwangsläufig zu Mehrausgaben führen. Wir wiesen auf und Einsparpotentiale hin, die nicht den Personalhaushalt tangieren, sondern insbesondere den Focus auf Aus- und Umbaumaßnahmen bei geplanten Investitionen legten. Drei Beispiele wurden seitens der FDP exemplarisch angesprochen wie:

- ZOB/Busbahnhof
- Walckerpark
- Arsenalplatz

Gerade mit Blick auf zukünftige Investitionen muss hier exemplarisch u.a. angesprochen werden:

- der Bedarf an Kindergarten-/Betreuungsplätze
- Verschiebungen an den Schulneu- und Umbauten wie an der Schubartschule, der Friedrich-von-Kellerschule und die Baumaßnahmen im Bildungszentrum-West
- der Sportstättenbau bei den Sporthallen in Oßweil und in Poppenweiler
- der Ausbau des ÖPNVs

sowie weitere investive Maßnahmen:

- im Straßenbau und bei der Radwegeplanung
- bei der Grünplanung in der Stadt
- u.v.a. mehr.

gilt es hier, nicht nur Prioritäten zu setzen, sondern auch Maßnahmen entsprechend umzusetzen. Doch „aufgeschoben ist nicht aufgehoben“ wie eingangs erwähnt. Ähnliches gilt für die Personalentwicklung. Bezüglich der Personalstellenentwicklung weisen wir darauf hin, dass es hier einer Aufgabenkritik bedarf, d.h. wir müssen weiter ernsthaft prüfen, ob der bisherige Stellenausbau in diesem Maße fortgeführt werden kann und muss.

Hier bedarf es einer konstruktiven Ausgabenkritik unter der Prämisse: Nicht alles muss die Verwaltung selbst übernehmen und dafür dauerhaft Personal einstellen.

Wir stehen hier erst am Anfang von einschneidenden Maßnahmen. Der vor uns liegende Haushaltsplan ist ein Anfang. Sicher ist aber, dass wenn wir im ursprünglich geplanten Ausmaß kostenintensive Projekte uneingeschränkt weiterverfolgen, es nach unserer Einschätzung nur eine Frage der Zeit ist, dass zusätzliche Kreditaufnahmen notwendig werden, die eine zunehmende Schuldenerhöhung nach sich zieht. Diese müssen dann kurz- oder langfristig mit kommunalen Steuererhöhungen gegen finanziert werden. Und dies will die FDP nicht.

Wir wollen Ludwigsburg voranbringen. Dazu gehört:

- Die Weiterentwicklung und Aktualisierung der Prioritätenliste
- Die Verbesserungen im ÖPNV und im Buskonzept
- Der Ausbau der Infrastruktur in den Stadtteilen mit den entsprechenden bürgerschaftlichen Beteiligungsformaten, ebenso u.a. die geplanten Maßnahmen/Investitionen bei Schulen, Kindergärten, Sporthallen, Grünplanung und Wohnungsbau, auch durch Ausschreibung und Beauftragung von Generalunternehmern.

Den Dank an die Verwaltung und den Mitarbeitern/Innen habe ich schon in der ersten Haushaltsdebatte angesprochen und wiederhole ihn hiermit gerne wieder. In diesem Sinne können wir dem Haushaltsplan 2020, der Finanzplanung, dem Investitionsprogramm mit dem Änderungsverzeichnis und dem Stellenplan zustimmen.“

Stadtrat **Müller** teilt mit, die Linken lehnen den Haushaltsentwurf 2020 ab. Man habe zwei Akzente setzen wollen: Die Sanierung der Schubartschule und einen kostenlosen Nahverkehr am Samstag. Beides sei abgelehnt worden. Die Linken lehnen den Haushalt aufgrund ihrer

abgelehnten Anträge daher ab. Der Dank gelte der Verwaltung für ihre Unterstützung und die Beantwortung

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen vorliegen lässt OBM **Dr. Knecht** über den Haushalt Beschluss fassen.

TOP 3

**Wirtschaftsplan 2020 Tourismus & Events
Ludwigsburg**

Vorl.Nr. 507/19

Beschluss:

Dem beiliegenden Wirtschaftsplan des Eigenbetriebs Tourismus & Events Ludwigsburg für das Wirtschaftsjahr 2020 wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 38 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig gefasst.

Nicht anwesend: - Stadträtin Burkhardt
 - Stadträtin Schmidt
 - Stadtrat Prof. von Stackelberg

Beratungsverlauf:

OBM **Dr. Knecht** verweist auf die Vorberatung im Betriebsausschuss Tourismus & Events Ludwigsburg am 10.12.2019 und die dort einstimmig gefasste Beschlussempfehlung. Ein Sachvortrag wird nicht gewünscht. Auf Aussprache wird verzichtet. OBM Dr. Knecht lässt über die Vorlage 507/19 Beschluss fassen.

Beschluss:

Dem beiliegenden Wirtschaftsplan des Eigenbetriebs Stadtentwässerung Ludwigsburg für das Wirtschaftsjahr 2020 wird zugestimmt.

- a) Der Gesamtergebnishaushalt 2020 weist ein Gesamtergebnis in Höhe von + 271.811 Euro aus.
- b) Die mittelfristige Ergebnis- und Finanzplanung (Nummer 12 und 13) wird zur Kenntnis genommen.
- c) Die Stellenübersicht 2020 (Nr. 14) weist 31,83 Stellen für tariflich Beschäftigte und 1,15 Beamtenstellen aus.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 38 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig gefasst.

Nicht anwesend: - Stadträtin Burkhardt
 - Stadträtin Schmidt
 - Stadtrat Prof. von Stackelberg

Beratungsverlauf:

OBM **Dr. Knecht** verweist auf die Vorberatung im Betriebsausschuss Stadtentwässerung am 11.12.2019 und die dort einstimmig gefasste Beschlussempfehlung. Ein Sachvortrag wird nicht gewünscht. Auf Aussprache wird verzichtet. OBM Dr. Knecht lässt über die Vorlage Nr. 482/19 Beschluss fassen.

Beschluss:

1. Die **Kostenüberdeckungen bei der Schmutzwasserbeseitigung** aus den Jahren 2015 mit 261.505,73 EUR und 2017 (anteilig) mit 560.000,00 EUR werden in die vorliegende Gebührenkalkulation eingestellt und im Jahr 2020 ausgeglichen.
Bei der **Niederschlagswasserbeseitigung** werden die **Kostenunterdeckungen** der Jahre 2016 mit 221.811,08 EUR und 2018 (anteilig) mit 50.000,00 EUR sowie eine **Kostenüberdeckung** aus 2017 i.H.v. 293.096,36 EUR in die Kalkulation eingestellt, 2020 erfolgt somit der Ausgleich.
Bei der **dezentralen Abwasserbeseitigung** erfolgt im Jahr 2020 ein anteiliger Ausgleich von **Kostenunterdeckungen** des Geschäftsjahres 2016 in Höhe von 81,42 EUR sowie von **Kostenüberdeckungen** aus 2017 mit 118,21 EUR und anteilig aus 2018 mit 170,00 EUR.
Die restlichen Kostenüber- und -unterdeckungen aus den Jahren 2017 und 2018 werden in den Wirtschaftsjahren 2021 ff. berücksichtigt.
2. Der dem Gemeinderat vorgelegten **Abwassergebührenkalkulation 2020** (Anlage 1) mit den analog zum Geschäftsjahr 2019 **belassenen Gebührensätzen** wird zugestimmt. Den gebührenfähigen Gesamtkosten der öffentlichen Einrichtungen, welche in die Gebührenkalkulation eingestellt wurden, wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 38 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig gefasst.

Nicht anwesend: - Stadträtin Burkhardt
 - Stadträtin Schmidt
 - Stadtrat Prof. von Stackelberg

Beratungsverlauf:

OBM **Dr. Knecht** verweist auf die Vorberatung im Betriebsausschuss Stadtentwässerung am 11.12.2019 und die dort einstimmig gefasste Beschlussempfehlung. Ein Sachvortrag wird nicht gewünscht. Auf Aussprache wird verzichtet. OBM Dr. Knecht lässt über die Vorlage 481/19 Beschluss fassen.

Beschluss:

Die Stadt Ludwigsburg gewährt der Stadtentwässerung Ludwigsburg ein Darlehen in Höhe von 2,0 Mio. EUR.

Zudem wird das zum 30.11.2019 auslaufende Darlehen der Stadt Ludwigsburg an die Stadtentwässerung Ludwigsburg mit einem Restbuchwert von 1,1 Mio. EUR um weitere 5 Jahre verlängert. Den Kreditvereinbarungen aus den beigefügten Darlehensverträgen wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 38 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig gefasst.

Nicht anwesend: - Stadträtin Burkhardt
 - Stadträtin Schmidt
 - Stadtrat Prof. von Stackelberg

Beratungsverlauf:

OBM **Dr. Knecht** verweist auf die Vorberatung im Ausschuss für Wirtschaft, Kultur und Verwaltung (WKV) am 10.12.2019 und die dort einstimmig gefasste Beschlussempfehlung. Ein Sachvortrag wird nicht gewünscht. Auf Aussprache wird verzichtet. OBM Dr. Knecht lässt über die Vorlage 503/19 Beschluss fassen.

Beschluss:

1. Der Haushaltsabschluss 2018 und der vorläufige Haushaltsabschluss 2019 werden zur Kenntnis genommen.
2. Den Programmplanungen für das Haushaltsjahr 2020 sowie dem damit verbundenen Wirtschaftsplan wird zugestimmt.
3. Der Zuschuss für das Jahr 2020 i.H.v. 323.500 EUR für die Scala Kultur Live gGmbH wird - vorbehaltlich einer entsprechenden Beschlussfassung im Haushaltsplan 2020 - freigegeben.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 33 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme und 4 Enthaltungen mehrheitlich gefasst.

Nicht anwesend: - Stadträtin Burkhardt
 - Stadträtin Schmidt
 - Stadtrat Prof. von Stackelberg

Beratungsverlauf:

OBM **Dr. Knecht** verweist auf die Vorberatung im Ausschuss für Wirtschaft, Kultur und Verwaltung (WKV) am 10.12.2019 und die dort einstimmig gefasste Beschlussempfehlung. Ein Sachvortrag wird nicht gewünscht. Auf Aussprache wird verzichtet. OBM Dr. Knecht lässt über die Vorlage 428/19 Beschluss fassen.

Beschluss:

Der Anpassung der Vereinbarung zwischen der Stadt Ludwigsburg und dem Musikverein Ludwigsburg-Oßweil e.V. über die Förderung des Dirigentenonorars entsprechend der Anlage 1 wird vorbehaltlich der Beschlussfassung des Haushaltes 2020 zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 33 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen und 3 Enthaltungen mehrheitlich gefasst.

Nicht anwesend: - Stadträtin Burkhardt
 - Stadträtin Schmidt
 - Stadtrat Prof. von Stackelberg

Beratungsverlauf:

OBM **Dr. Knecht** verweist auf die nichtöffentlichen Vorberatungen im Ausschuss für Wirtschaft, Kultur und Verwaltung (WKV). Frau **Richert** (Fachbereich Kunst und Kultur) erläutert den Sachverhalt.

Der Musikverein Oßweil trage den Namen „Stadtkapelle“ und repräsentiere die Stadt, teilt Stadtrat **Girrbach** mit. Dies sei der Grund, weshalb man eine Förderung fließen lassen könne, die andere Vereine nicht erhalten. Dies habe auch der Stadtverband für Musik so bestätigt. Das Dirigentenonorar befinde sich im oberen Bereich, sei aber noch im Rahmen. Anerkennen würde man aber auch die Leistungen anderer Vereine. Der Vorlage könne man zustimmen.

Stadträtin **Dr. Klünder** führt aus, nicht ihre ganze Fraktion könne der Vorlage zustimmen; man werde bei der folgenden Abstimmung unterschiedlich abstimmen. Wichtig sei ihr zu sagen, dass niemand die Leistung des Musikvereins schmälern wolle – es werde hervorragende Arbeit geleistet – sondern es gehe um die Gleichbehandlung der Vereine im Stadtverband.

Stadtrat **Weiss** führt aus, entsprechend der Stellungnahme des Stadtverbandes könne der Vorlage zugestimmt werden. Auf eine gerechte Behandlung aller Vereine, insbesondere auch der Förderung im Jugendbereich, werde man auch künftig achten.

Stadtrat **Dr. O'Sullivan** würdigt die Leistung der Stadtkapelle Ludwigsburg, die diesen besonderen Status trägt. Es gebe noch weitere Förderungen des Vereins, z.B. des Jugenddirigenten. Die Gegenleistungen für all diese Förderungen erscheine „etwas dünn“. Eventuell seien künftig noch Gespräche notwendig, was diese Stadtkapelle als Verein für die Stadt als Leistungen noch erbringen könnte. Man sehe die Ungleichbehandlung gegenüber anderen Vereinen. Ein weiterer Punkt, was ihn heute zu einer Enthaltung bewege, sei das Anstellungsverhältnis der Dirigentin gegenüber dem Verein. Ihm wäre es lieber wenn die Vereine ihre Dirigenten als ganz normale Arbeitnehmer führen würden.

Stadtrat **Haag** führt aus, der Status des Vereins als Stadtkapelle begründe eine höhere Förderung. Eine eigene Stadtkapelle wäre für die Stadt deutlich teurer. Daher könne man auch der Erhöhung des Dirigenten honorars zustimmen. Die Qualität des Vereins sei sehr gut. Über die Struktur der Ehrenamtsförderung könne in der Strategieklausur gesprochen werden.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, lässt OBM **Dr. Knecht** über die Vorlage 260/19 Beschluss fassen.

Beschluss:

- I. Die im Rahmen der Beteiligungen der Öffentlichkeit und der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange eingegangenen Stellungnahmen (Anlage 4) werden zur Kenntnis genommen. Die Abwägungsvorschläge der Verwaltung werden entsprechend Anlage 4 beschlossen.
- II. Ziel der Planung ist die Erweiterung des bestehenden Möbelhauses und die Neuansiedlung der Schützen auf dem Grundstück Flst. Nr. 4476.
- III. Der Bebauungsplan und die örtlichen Bauvorschriften „Erweiterung Möbelhaus“ Nr. 073/03 werden gemäß § 10 BauGB und § 74 LBO jeweils als Satzung beschlossen. Maßgeblich sind der Bebauungsplan (Anlage 1a und 1b) vom 15.11.2019, die textlichen Festsetzungen (Anlage 2) vom 15.11.2019 und die Begründung (Anlage 3) vom 15.11.2019.
- IV. Die wesentlichen Inhalte des städtebaulichen Vertrages zwischen dem Einrichtungshaus Ludwigsburg GmbH – XXXLutz und der Stadtverwaltung Ludwigsburg vom 14.11.2019 werden zur Kenntnis genommen (Anlage 5).

**Abstimmungsergebnis:**

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 36 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme und 1 Enthaltung mehrheitlich gefasst.

Nicht anwesend: - Stadträtin Burkhardt
 - Stadträtin Schmidt
 - Stadtrat Prof. von Stackelberg

Beratungsverlauf:

OBM **Dr. Knecht** verweist auf die Vorberatung im Ausschuss für Stadtentwicklung, Hochbau und Liegenschaften(SHL) am 05.12.2019 und die dort mehrheitlich gefasste Beschlussempfehlung. Ein Sachvortrag wird nicht gewünscht. Auf Aussprache wird verzichtet. OBM Dr. Knecht lässt über die Vorlage 430/19 Beschluss fassen.

Beschluss:

1. Der Fachbereich Revision übernimmt längstens bis 31.12.2020 die Aufgaben der örtlichen Rechnungsprüfung der Stadt Kornwestheim gem. § 109 Abs. 1 Satz 1 (zweiter Halbsatz) Gemeindeordnung Baden-Württemberg (GemO BW).
2. Dazu werden weiterhin diese Aufgaben nach § 112 (2) Gemeindeordnung Baden-Württemberg dem Fachbereich Revision übertragen.
3. Der Leistungsumfang erfolgt weiterhin in reduzierter Form entsprechend der Regelung im öffentlich-rechtlichen Vertrag.
4. Die dafür von der Stadt Ludwigsburg eingesetzte Personalkapazität wird Zug um Zug, entsprechend dem Fortschritt des Aufbaus des Rechnungsprüfungsamtes der Stadt Kornwestheim zurückgefahren.
5. Die Verwaltung wird beauftragt, den öffentlich-rechtlichen Vertrag abzuschließen.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 37 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig gefasst.

Nicht anwesend: - Stadträtin Burkhardt
 - Stadträtin Dr. Knoß
 - Stadträtin Schmidt
 - Stadtrat Prof. von Stackelberg

Beratungsverlauf:

OBM **Dr. Knecht** verweist auf die nichtöffentliche Vorberatung im Ausschuss für Wirtschaft, Kultur und Verwaltung (WKV) am 10.12.2019 und die dort einstimmig gefasste Beschlussempfehlung. Frau **Eckstein-Benke** (Fachbereich Revision) erläutert den Sachverhalt.

Stadtrat **Prof. Vierling** führt aus, es handle sich eher um eine Kenntnisnahme als um eine Beschlussfassung, da die Entwicklung nicht zurückgedreht werden könne. Generell hoffe man, dass die interkommunale Zusammenarbeit ausgebaut werden könne. Es handle sich bei der Revision und Rechnungsprüfung eher um einen Rückschritt, umso erfreulicher sei es, dass man beim Gutachterausschuss künftig interkommunal zusammenarbeiten werde.

Stadtrat **Dogan** erkundigt sich, ob es die Möglichkeit gebe, mit anderen Gemeinden zusammen zu arbeiten, bei welchen z.B. Die Softwarekomponenten übereinstimmen.

OBM **Dr. Knecht** erläutert, dass die theoretische Möglichkeit gegeben sei. Es müsse, wie aus dem Sachvortrag hervorgegangen sei, aber nicht nur Softwarekomponenten kompatibel sein, sondern es müssten noch weitere Elemente übereinstimmen. Das Thema interkommunale Zusammenarbeit sei ihm sehr wichtig. So habe man bereits im Jahr 2011 im Bereich des Zensus mit den Städten

Bietigheim und Kornwestheim zusammengearbeitet und man nehme dies wieder für die Zukunft auf. Weitere interkommunale Zusammenarbeiten seien denkbar.

Stadtrat **Dr. O'Sullivan** führt aus, es gebe in Ludwigsburg gute Beispiele gelungener kommunaler Zusammenarbeit. Im vorliegenden Fall seien die Synergieeffekte verloren gegangen. Daher sei es richtig die Zusammenarbeit in diesem Bereich zu beenden.

Stadtrat **Müller** erkundigt sich nach den freiwerdenden Personalkapazitäten in Ludwigsburg.

Frau **Eckstein-Benke** erläutert, es habe sich bei der Finanzprüfung um zwei Personalstellen gehandelt. Lt. Gutachten der Gemeindeprüfungsanstalt seien bei der Revision in Ludwigsburg 2,8 Personalstellen zu wenig vorhanden. So könne man diese fehlenden Stellen teilweise kompensieren.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, lässt OBM **Dr. Knecht** über die Vorlage 427/19 Beschluss fassen.